Werk

Titel: Brot und Freiheit: Proteste, gegen das teure Leben' in Burkina Faso

Autor: Engels, Bettina

Ort: Duisburg ; Essen

Jahr: 2012

PURL: https://resolver.sub.uni-goettingen.de/purl?636201856_0009|LOG_0013

Kontakt/Contact

Digizeitschriften e.V.
SUB Göttingen
Platz der Göttinger Sieben 1
37073 Göttingen

info@digizeitschriften.de

Bettina Engels

Brot und Freiheit: Proteste ‚gegen das teure Leben' in Burkina Faso

Zwischen 2000 und 2008 stieg der *Food Price Index* der FAO um mehr als das Doppelte, die Kosten für Nahrungsmittelimporte der ‚am wenigsten entwickelten Länder' der Welt verdreifachten sich. In Mexiko etwa, wo die Maispreise im Frühjahr 2007 um 60 Prozent stiegen, war von der ‚Tortilla-Krise' die Rede. In Haiti vervierfachten sich die Preise für Reis innerhalb der ersten vier Monate des Jahres 2008.[1] In dutzenden Städten weltweit protestierten 2007 und 2008 zahlreiche Menschen mit Streiks, Demonstrationen und in anderen Formen, weil Reis, Getreide, Speiseöl und Seife für viele unbezahlbar geworden waren. Schwerpunkt der ‚Brotrevolten' oder *food riots* von 2007/2008 war der afrikanische Kontinent. Ähnliches wiederholte sich 2011, als im Februar der *Food Price Index* den höchsten Stand seit seiner Einführung im Jahre 1990 erreichte,[2] wenngleich mit veränderten regionalen Schwerpunkten. Im Januar fanden in Mumbai und Hyderabad (Indien) Proteste gegen die hohen Preise für Grundnahrungsmittel statt; in Santiago de Chile wurden bei einer Demonstration gegen den 17-prozentigen Anstieg der Gaspreise zwei Frauen getötet.[3] Gestiegene Lebensmittelpreise wurden in Medienberichten auch als einer von mehreren Auslösern für die zum gleichen Zeitpunkt stattfindenden Proteste

[1] Walden Bello, Politik des Hungers, Berlin 2010; Raj Patel, Food Riots, in: Immanuel Ness (Hg.), The International Encyclopedia of Revolution and Protest, Oxford 2009.

[2] Vgl. [http://typo3.fao.org/fileadmin/templates/worldfood/Reports_and_docs/Food_price_indices_data.xls].

[3] Associated Press, 12. Januar 2011.

des ‚arabischen Frühlings' in Algerien, Tunesien, Ägypten und Jemen genannt.[4]

Die Zusammenfassung der Proteste hinsichtlich ihres Ausgangspunktes als *food riots* lässt erstens leicht übersehen, dass die Intensität der Bewegungen zwischen 2007 und 2011 sehr unterschiedlich war. Teils beschränkten sich die Proteste auf einzelne Demonstrationen. In einer Reihe von Ländern, etwa in Burkina Faso, Guinea, Kamerun und Haiti, kam es 2008 wiederholt zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und staatlichen Sicherheitskräften mit zahlreichen Toten, Verletzten und Festnahmen.[5] In einigen Fällen wie in jüngster Zeit in Nordafrika und dem Nahen Osten gipfelten die Auseinandersetzungen im Sturz von Regierungen und Regimewechseln. Zweitens verkennt, wie Edward Palmer Thompson bereits 1971 ausführte, der Begriff ‚*riot*', hier im Sinne punktueller Aufstände anlässlich eines konkreten Geschehens wie des kurzfristigen Anstiegs der Nahrungsmittelpreise, den breiteren politischen Kontext dieser Proteste.[6] *Food riots* leiten sich nicht (direkt) aus Nahrungsmittelknappheit ab, sondern sind Ausdruck übergreifender gesellschaftlich-politischer Kämpfe.[7] Was Thompson für die ‚Hungerrevolten' in England im 18. Jahrhundert feststellte, gilt für die weltweiten Proteste im Zuge der jüngsten Nahrungsmittelpreiskrise ebenso: Auseinandersetzungen um hohe

[4] Vgl. Julia Berazneva / David R. Lee, Explaining the African Food Riots of 2007–2008: An Empirical Analysis, Ithaca 2011; Marco Lagi / Karla Z. Bertrand / Yaneer Bar-Yam, The Food Crises and Political Instability in North Africa and the Middle East, New England Complex Systems Institute, 10. August 2011.

[5] Vgl. Pierre Janin, Les « émeutes de la faim »: une lecture (géo politique) du changement (social), in: Politique Etrangère, 74 (2009), 2, S. 251–263; Bénédicte Maccatory / Makama Bawa Oumarou, / Marc Poncelet, West African Social Movements "Against the High Cost of Living": From the Economic to the Political, From the Global to the National, in: Review of African Political Economy, 37 (2010), 125, S. 345–359; Raj Patel / Philip McMichael, A Political Economy of the Food Riot, in: Review: A Journal of the Fernand Braudel Center, 32 (2009), 1, S. 9–35.

[6] Edward Palmer Thompson, The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century, in: Past and Present, 50 (1971), S. 76–136.

[7] Ebd.; vgl. Patel, Food Riots (wie Anm. 1).

Lebenshaltungskosten sind keine punktuellen, von den sozialen und politisch-ökonomischen Verhältnissen isolierten Proteste. Die ‚Brotrevolten' der letzten Jahre richteten sich in den meisten Fällen nicht nur gegen hohe Preise, sondern forderten umfangreiche soziale und politische Rechte ein: vom Zugang zu Bildung und Gesundheit über Lohnerhöhungen bis hin zu demokratischen Reformen. Die Proteste wandten sich explizit an die jeweiligen nationalen Regierungen. Diese wurden nicht nur für die hohen Preise verantwortlich gemacht – etwa, weil sie Steuern erhöhten und nicht hinreichend Maßnahmen gegen den Anstieg der Nahrungsmittelpreise ergriffen. Gefordert wurden darüber hinaus auch umfassende politisch-ökonomische Veränderungen und die Begrenzung der Macht der regierenden Parteien und Staatsoberhäupter.

Ich möchte im Folgenden am Beispiel Burkina Fasos zeigen, dass die globale Nahrungsmittelpreiskrise keine hinreichende ursächliche Erklärung für die Proteste ‚gegen das teure Leben', wie sie in Westafrika genannt werden, liefern kann. Die ‚Brotrevolten' sind vielmehr als Teil zeitlich und thematisch umfassenderer sozialer Kämpfe zu verstehen, für die der rasante Anstieg der Preise ein zur Mobilisierung gut geeignetes Thema darstellt. So ist auch zu erklären, warum an manchen Orten vielfache und intensive ‚Brotrevolten' stattfinden und an anderen nicht, obwohl Auswirkungen der Nahrungsmittelpreiskrise sehr ähnlich sind. Burkina Faso ist eines der Länder, in denen im Zuge der Preiskrise 2007/2008 die stärksten und am längsten andauernden Proteste stattfanden. Bis heute gelingt es Gewerkschaften, Studierenden, Schüler_innen und Menschenrechtsorganisationen erfolgreich, eine große Zahl an Menschen zu Protesten ‚gegen das teure Leben' zu mobilisieren und die Regierung zu wirtschafts-, sozial- und innenpolitischen Kompromissen zu bewegen. Ich argumentiere, dass die Mobilisierung deshalb so vergleichsweise erfolgreich verläuft, weil es den Protestakteuren gelingt, unter dem *frame* des ‚teuren Lebens' alle wichtigen Bewegungsorganisationen und die zentralen Forderungen aus fast zwei Jahrzehnten sozialer Kämpfe in Burkina Faso zusammenzubinden.

Grundlage der vorliegenden Studie sind neben Berichten der burkinischen Presse, Flugblättern und Zeitschriften der Gewerkschaften, Menschenrechts-, Studierenden- und Jugendorganisationen rund dreißig Interviews, die ich im vierten Quartal 2011 mit Angehörigen der Protestakteure sowie Vertretern nationaler und lokaler staatlicher Institutionen an vier Standorten in Burkina Faso (Ouagadougou, Bobo-Dioulasso, Banfora und Koudougou) geführt habe.[8]

Nahrungsmittelpreiskrise und ‚Brotrevolten' 2007/2008

Im Jahr 2006 lag der Anstieg des *Food Price Index* noch bei moderaten neun Prozent; 2007 hingegen stieg der weltweit wichtigste Index für Nahrungsmittelpreise um 40 Prozent, und in den ersten Monaten des Folgejahres setzte sich dieser Trend fort. Der Weltmarktpreis für Weizen hatte sich zwischen 2000 und 2008 vervierfacht, für Mais beinahe verdreifacht. Praktisch alle Grundnahrungsmittel waren betroffen.[9] Ursächlich waren auf der Angebotsseite Rückgänge in den Speichermengen, der hohe Ölpreis sowie die Steigerung der Agrarkraftstoffproduktion zu Lasten des Anbaus von Nahrungsmitteln. Veränderungen auf der Nachfrageseite wie der wachsende Fleischkonsum in Schwellenländern sowie Spekulationen trugen ebenfalls zu konkurrierenden Nutzungen von Land und steigenden Preisen bei.[10] Weltweit schlugen sich die hohen

[8] Die Fallstudie ist im Rahmen des von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) geförderten Forschungsprojekts „Umweltwandel, Ernährungskrisen und Gewalt in Subsahara-Afrika" entstanden, das 2010–2012 an der FU Berlin durchgeführt wurde. Allen, die meine Forschung in Burkina Faso unterstützt haben, bin ich für ihr Vertrauen und ihre Geduld sehr dankbar.

[9] Joachim von Braun, Rising Food Prices: What Should be Done?, Washington 2008.

[10] FAO, Growing Demand on Agriculture and Rising Prices of Commodities: An Opportunity for Smallholders in Low-income, Agricultural-based Countries?, Rom 2008, S. 3–6; vgl. Oxfam, Another Inconvenient Truth: How Biofuel Policies are Deepening Poverty and Accelerating Climate Change (Oxfam Briefing Paper 114), Oxford 2008; Jesper Stage / Jorn Stage / Gordon McGranahan, Is Urbanization

Nahrungsmittelpreise unterschiedlich nieder. Ein rasanter Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel auf den lokalen Märkten war vor allem in Staaten zu verzeichnen, die mehr Getreide importieren als exportieren (was für die große Mehrheit der Länder in Afrika südlich der Sahara zutrifft).[11] Aber auch innerhalb der Staaten verteilten sich die Auswirkungen regional und sozial in unterschiedlicher Weise: Hohe Preise führten eher in den Städten als in den Nahrungsmittel produzierenden ländlichen Regionen zu Ernährungskrisen.[12] Außerdem waren vorwiegend die armen Bevölkerungsschichten von den Preissteigerungen in ihrer Ernährungssicherheit bedroht, da sie mit ihrem verfügbaren Einkommen Preiserhöhungen nur begrenzt ausgleichen können.[13] Die Regierungen reagierten in unterschiedlicher Weise und unterschiedlich schnell auf die Preiskrise. Viele reduzierten Importzölle (etwa Bangladesch, Bolivien, Brasilien, Ecuador, die EU, Indien, Mexiko, Marokko) oder Verbrauchssteuern oder hoben sie zeitweise ganz auf. Beispielsweise setzte Aserbaidschan die Mehrwertsteuer auf Getreide, Kamerun die auf Reis aus. Andere regulierten die Exporte: China legte Exportquoten für Weizenmehl, Reis und Mais fest, Argentinien führte Abgaben auf Getreideexporte ein. Bolivien und Afghanistan verboten den Export von Reis zeitweise ganz. Viele Staaten legten temporär auch Konsumentenpreise für Grundnahrungsmittel fest (etwa Äthiopien, Ecuador und Kamerun) beziehungsweise subventionierten sie (beispielsweise im Falle des Brotpreises in Peru).[14]

Contributing to Higher Food Prices? (Urbanization and Emerging Population Issues Working Paper Series 1), London 2009. Der Einfluss der zunehmenden Agrarkraftstoffproduktion auf die Nahrungsmittelpreise ist schwer zu messen, jedoch unbestritten; vgl. Donald A. Mitchell, A Note on Rising Food Prices (World Bank Policy Research Working Paper 468), Washington 2008.

[11] Von Braun, Rising Food Prices (wie Anm. 9).

[12] FAO, Growing Demand (wie Anm. 10); Stage u. a., Urbanization (wie Anm. 10).

[13] Vgl. Sarah Maas / Alan Matthews, Political Economy Lessons from the World Food Crisis 2007–08, Dublin 2009, S. 4.

[14] FAO, Growing Demand (wie Anm. 10), S. 12; Klaus von Grebmer / Heidi Fritschel / Bella Nestorova / Tolulope Olofinbiyi / Rajul Pandya-Lorch / Yisehac Yohannes, Global Hunger Index: The Challenge of Hunger 2008, Bonn / Washing-

In mehr als zwanzig Staaten weltweit kam es im Zuge der Nahrungsmittelpreiskrise 2007/2008 zu ‚Hungeraufständen', davon lagen allein 13 auf dem afrikanischen Kontinent: in Nordafrika Ägypten, Marokko und Tunesien; in Westafrika Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Guinea, Kamerun, Niger, Mauretanien und Senegal; im östlichen Afrika beziehungsweise am Horn von Afrika Kenia und Somalia sowie Mosambik im südlichen Afrika.[15] In Guinea fanden die ersten Proteste bereits Anfang 2007 statt. Im Zuge eines Generalstreiks 2008 kam es zu dutzenden Toten. In Kamerun mobilisierte im Februar 2008 zunächst die Taxifahrergewerkschaft; den Protesten schlossen sich zahlreiche Menschen in der Hauptstadt Yaoundé an. Die Polizei schoss in die Menge; die Regierung gab 24 Tote an, Menschenrechtsorganisationen sprachen von über hundert. Über 1.600 Menschen wurden nach offiziellen Angaben inhaftiert.[16] In Niger und Burkina Faso waren es vor allem lokale Steuern (die Erhöhung der Mehrwertsteuer in Niger und die Einführung einer ‚kommunalen Entwicklungssteuer' in Burkina Faso), die im Mittelpunkt der Kritik standen.[17] In der mosambikanischen Hauptstadt Maputo richteten sich die Proteste gegen die Erhöhung des Fahrpreises für die *chapas* genannten Minibusse.[18]

„Ein neues Phänomen geht um die Welt: ‚*Food riots*', Aufstände von Hungrigen, brechen von Mexiko über Senegal bis nach Pakistan aus", kommentierte der Leiter des Welternährungsprogramms

---

ton / Dublin 2008, S. 23–25; von Braun, Rising Food Prices (wie Anm. 9).

[15] Vgl. Africa News, 12. August 2008, 18. Juli 2008, 16. Dezember 2008, 12. Februar 2009, 28. Mai 2009, 12. Juni 2009 und 8. August 2009; The Guardian, 9. April 2008; IRIN, 31. März 2008; Ernest Harsch, Price Protests Expose State Faults: Rioting and Repression Reflect Problems of African Governance, in: Africa Renewal, 22 (2008); Janin, Les « émeutes de la faim » (wie Anm. 5); Maccatory u. a., West African Social Movements (wie Anm. 5); Mindi Schneider, "We are Hungry!" A Summary Report of Food Riots, Government Responses, and States of Democracy in 2008, Ithaca 2008.

[16] Schneider, "We are Hungry!" (wie Anm. 15).

[17] Maccatory u. a., West African Social Movements (wie Anm. 5).

[18] Elísio Macamo, Social Criticism and Contestation: Reflections on the Politics of Anger and Outrage, in: Bettina Engels / Nikolai Brandes, Social Movements in Africa, in: Stichproben. Wiener Zeitschrift für kritische Afrikastudien, 11 (2011), 20, S. 45–68.

(WFP) für Österreich, Deutschland und die deutschsprachige Schweiz, Ralf Südhoff.[19] Allerdings handelt es sich bei den ‚Brotrevolten' weder um ein neues Phänomen noch um eine Erscheinung der ‚Dritten Welt'. Historische Studien beschreiben die Rolle, die Hungerkrisen bei gesellschaftlich-politischen Umbrüchen in Europa gespielt haben.[20] Zu Zeiten der Qing-Dynastie im 18. und 19. Jahrhundert waren Aufstände im Zusammenhang mit chronischem Nahrungsmittelmangel und hohen Preisen in China regelmäßig wiederkehrende Ereignisse.[21] Für den Zeitraum von 1976 bis 1992 zählen John Walton und David Seddon in der umfangreichsten Studie zu den *‚food riots'* dieser Zeit 146 Protestereignisse in 39 Staaten weltweit, die sich gegen wirtschaftliche Liberalisierungen richteten.[22] Und im September 2007 machten die ‚Pasta-Proteste' weltweit Schlagzeilen, als zahlreiche Menschen in Italien gegen den rasant steigenden Weizenpreis demonstrierten.[23]

Während die ‚Hungeraufstände' des 18. und 19. Jahrhunderts vor allem im Kontext einer zunehmenden Industrialisierung zu sehen sind, sind ein hohes Maß an weltwirtschaftlicher Verflechtung in Kombination mit der sich durchsetzenden neoliberalen Doktrin der globalen politischen Ökonomie die entscheidenden Kontextbedingungen der Proteste im 20. und 21. Jahrhundert. Gemeinsam ist beiden Zusammenhängen die Durchsetzung kapitalistischer Verge-

[19] Ralf Südhoff, Aufstand der Hungrigen, in: Die Presse, 5. Juni 2008.

[20] Helge Berger / Mark Spoerer, Economic Crises and the European Revolutions of 1848, in: Journal of Economic History, 61 (2001), 2, S. 293–326; Dana Frank, Housewives, Socialists, and the Politics of Food: The 1917 New York Cost-of-Living Protests, in: Feminist Studies, 11 (1985), 2, S. 255–285; Robert D. Storch, Popular Festivity and Consumer Protest: Food Price Disturbances in the Southwest and Oxfordshire in 1867, in: Albion: A Quarterly Journal Concerned with British Studies, 14 (1982), 3/4, S. 209–234; Thompson, Moral Economy (wie Anm. 6), S. 76–136; Louise A. Tilly, The Food Riot as a Form of Political Conflict in France, in: Journal of Interdisciplinary History, 2 (1971), 1, S. 23–57.

[21] R. Bin Wong, Food Riots in the Qing Dynasty, in: Journal of Asian Studies, 41 (1982), 4, S. 767–788.

[22] John Walton / David Seddon, Free Markets and Food Riots: The Politics of Global Adjustment, Oxford 1994, S. 39f.

[23] Patel, Food Riots (wie Anm. 1), S. 30.

sellschaftung als Rahmenbedingung, ohne die ‚Brotrevolten' nicht zu verstehen sind. Denn bei den Protesten geht es nicht um ‚Knappheit' von Nahrung als solche: nicht darum, dass zu wenig Nahrungsmittel verfügbar wären, sondern darum, dass arme städtische Bevölkerungsschichten sie sich nicht leisten können. Dass ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg der Weltmarktpreise und den gegenwärtigen lokalen Protesten gegen hohe Lebensmittelpreise besteht, erscheint plausibel. Trotzdem ist ein kausaler Zusammenhang zwischen den globalen Entwicklungen und den lokalen Reaktionen nicht einfach nachzuweisen. Zumindest haben wir es mit einem Problem der ‚Überdeterminiertheit' zu tun: Globale Krisen wie die Nahrungsmittelpreiskrise wirken sich an vielen Orten und zu vielen Zeitpunkten, wenngleich regional und sozial differenziert, ähnlich aus. Unbestritten ist, dass globale Krisen ihre Wirkungen auf lokaler Ebene – durch soziale beziehungsweise sozioökonomische und politische Faktoren vermittelt – entfalten. Warum also beobachten wir intensive Proteste und soziale Konflikte im Zusammenhang mit hohen Preisen in Burkina Faso, Guinea und Kamerun, nicht aber in Äthiopien und Benin, obwohl die Rahmenbedingungen dort sehr ähnlich sind?

In der wenigen vorhandenen Literatur zu den gegenwärtigen ‚Hungeraufständen' wird diese Frage kaum bearbeitet. Im Mittelpunkt der Analyse stehen dort meist ökonomische und/oder politisch-institutionelle Strukturfaktoren. Innerstaatliche Konflikte, Aufstände und Demonstrationen gegen die jeweilige Regierung, so lautet eine naheliegende und doch unbefriedigende Schlussfolgerung, seien in Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen in Zeiten hoher Weltmarktpreise für Nahrungsmittel eher wahrscheinlich.[24] Die höchste Wahrscheinlichkeit für solche Aufstände bestehe in hybriden Regimen, denn in Demokratien werde wenig protestiert, weil Unzufriedenheit über andere Kanäle artikuliert werden könne. In

[24] Rabah Arezki / Markus Brückner, Food Prices, Conflict, and Democratic Change (University of Adelaide School of Economics Research Paper 2011-04), Adelaide 2011.

Diktaturen komme es seltener zu Protesten, weil diese bereits im Ansatz unterdrückt würden.[25] Erst die Kombination aus Armut und geringer politischer Freiheit erkläre die erhöhte Wahrscheinlichkeit von ‚Brotrevolten', schließt eine weitere, ebenfalls quantitative Studie.[26] Arbeiten aus dem Bereich der kritischen politischen Ökonomie geht es hingegen weniger darum, einzelne Erklärungsfaktoren für das Auftreten von Protesten gegen hohe Preise zu identifizieren; die Proteste sollen vielmehr als Ausdruck sozialer Kämpfe um politisch-ökonomische Verhältnisse aufgefasst werden. Raj Patel und Philip McMichael argumentieren aus dieser Perspektive, ‚Hungerrevolten' seien als Folge relativer Deprivation zu verstehen. Es gehe also weniger um die materielle Situation der Betroffenen *per se* als um die rapide Verschlechterung von Lebensbedingungen sowie um soziale Ungleichheit. Diese sei zwar zunächst innergesellschaftlich, aber strukturell global angelegt in der neoliberalen ökonomischen Doktrin, welche, von den internationalen Finanzinstitutionen durch die Einschränkung der finanziellen Handlungsspielräume der Nationalstaaten sowie durch die Liberalisierung des Welthandelsregimes durchgesetzt, die Ernährungssicherheit im globalen Süden nachhaltig geschwächt habe.[27] Die beiden Autoren weisen auch darauf hin, dass sich die Proteste nicht (nur) gegen hohe Nahrungsmittelpreise, sondern auch gegen herrschende Regierungen und Eliten, mitunter auch gegen bestehende politisch-ökonomische Herrschaftsverhältnisse insgesamt richteten.[28] Diesem Argument folgend stellt auch Ray Bush für die jüngsten ‚Brotrevolten' in West- und Nordafrika fest, dass diese zwar von hohen Nahrungsmittelpreisen ausgelöst worden sind. Ihre Ursachen seien jedoch Ungerechtigkeit,

[25] Cullen Hendrix / Stephan Haggard / Beatriz Magaloni, Grievance and Opportunity: Food Prices, Political Regimes, and Protest, Vortrag auf dem Kongress der International Studies Association in New York, 15.–18. Februar 2009.

[26] Berazneva u. a., Explaining the African Food Riots (wie Anm. 4).

[27] Patel / McMichael, Political Economy (wie Anm. 5); Patel, Food Riots (wie Anm. 1).

[28] Ebd.; vgl. Harsch, Price Protests (wie Anm. 15).

Ungleichheit und Unterdrückung.[29] Bush, Patel und McMichael schließen an die wegweisende Arbeit von Walton und Seddon über die Proteste gegen die Strukturanpassungsprogramme der internationalen Finanzinstitutionen an. Walton und Seddon untersuchen „Austeritätsproteste", worunter sie umfassendes kollektives Handeln wie Demonstrationen, Generalstreiks und Aufstände verstehen, die sich gegen staatliche Politiken der wirtschaftlichen Liberalisierung und gegen die durch internationale Institutionen erzwungenen Marktreformen richten.[30] Solche „modernen Brotaufstände"[31] entstünden ebenso wie die ‚Hungerrevolten' des 18. Jahrhunderts an der Schnittstelle staatlicher und wirtschaftlicher Neuordnung, heute seien sie aber primär von der internationalen Ebene bestimmt.

Insgesamt werden, obgleich aus unterschiedlichen politischen und erkenntnistheoretischen Blickwinkeln, ‚Hungerrevolten' vorwiegend mittels politisch-ökonomischer Strukturen auf der Makroebene erklärt. Nur einzelne Arbeiten weisen auf die Bedeutung der Protestakteure hin. So stellt Patel fest, dass bestehende politische Organisationen wie Gewerkschaften, Kirchen oder islamische Bruderschaften Erwartungen schürten (aus denen sich die Wahrnehmung von Deprivation ergibt) und zudem das Protestrepertoire erweiterten.[32] Walton und Seddon benennen drei zentrale Faktoren, die den Zusammenhang von Liberalisierungsdruck auf der internationalen Ebene, staatlichem Handeln und lokalen Protesten vermitteln: „an 'overurbanized' or large urban population not absorbed in formal sector and industrial employment and so more likely to experience the pains of austerity; cities that are socially and politically organized in a strong civil society (e.g. in unions, political groups, community associations, churches); and a moral economy that

[29] Ray Bush, Food Riots: Poverty, Power and Protest, in: Journal of Agrarian Change, 10 (2010), 1, S. 119–129.

[30] Walton / Seddon, Free Markets and Food Riots (wie Anm. 23), S. 39.

[31] Ebd., S. 53.

[32] Patel, Food Riots (wie Anm. 1).

provides ideological legitimation for popular protest based on the social pact previously negotiated by developmental regimes."[33]

Diese Überlegungen aufgreifend entwickele ich am Beispiel Burkina Fasos die Hypothese, dass Proteste gegen hohe Nahrungsmittelpreise dort zu erwarten sind, wo starke oppositionelle Akteure bestehen, die das Thema zur Mobilisierung nutzen (können). Damit soll keineswegs die Bedeutung politisch-ökonomischer Makrostrukturen und Prozesse wie insbesondere der durch die internationalen Finanzinstitutionen vorangetriebenen Privatisierungen und Liberalisierungen sowie der interdependenten globalen Krisenphänomene (Klimakrise, Finanzkrise, Energiekrise, Nahrungsmittelpreiskrise), mit denen wir uns zu Beginn des 21. Jahrhunderts konfrontiert sehen, in Abrede gestellt werden. Aber da diese Rahmenbedingungen die meisten Länder des globalen Südens mehr oder weniger ähnlich betreffen, stellt sich die Frage, warum in einigen Fällen intensive und lang andauernde Proteste gegen die hohen Preise stattfinden und in anderen nicht. Hierfür, so möchte ich im Folgenden zeigen, lohnt es sich, zusätzlich zu den politisch-ökonomischen Strukturen und Prozessen auf der Makroebene auch die Akteure und historisch spezifischen Akteurskonstellationen der Mikroebene in den Blick zu nehmen.

Proteste ‚gegen das teure Leben' in Burkina Faso

Burkina Faso, Netto-Importeur von Grundnahrungsmitteln sowie nach den standardisierten Definitionen und Maßzahlen internationaler Organisationen eines der ärmsten und ‚am wenigsten entwickelten' Länder der Welt, war von der Preiskrise besonders stark betroffen.[34] Im ersten Quartal 2008 stiegen die Preise für die wichtigsten Konsumgüter innerhalb eines Monates um bis zu 50 Pro-

[33] Walton / Seddon, Free Markets and Food Riots (wie Anm. 23), S. 54.

[34] FAO Fact Sheet: Burkina Faso, [www.fao.org/countries/55528/fr/bfa/; UNDP country profile/HDI Burkina Faso, [http://hdrstats.undp.org/en/countries/profiles/BFA.html].

zent – wobei etwa die Hälfte der Haushalte in Burkina Faso ohnehin als chronisch ernährungsunsicher eingestuft wird und die meisten Menschen einen großen Teil ihrer verfügbaren Mittel für Nahrungsmittel aufwenden müssen. In Bobo-Dioulasso und Ouagadougou, den beiden größten Städten des westafrikanischen Binnenstaates, gaben die Menschen Mitte 2008 durchschnittlich drei Viertel ihres Einkommens für ihre Ernährung aus – die besonders armen Haushalte in der Hauptstadt Ouagadougou sogar fast hundert Prozent. Von den verbleibenden Mitteln müssen sämtliche Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Hygieneartikel, Kleidung und so weiter bestritten werden. Vor diesem Hintergrund sind vor allem die armen Bevölkerungsgruppen in Zeiten hoher Lebensmittelpreise gezwungen, Umfang und Qualität ihrer Ernährung einzuschränken. Für viele Menschen bedeutet dies, statt dreimal nur noch zweimal oder statt zweimal nur noch einmal täglich essen zu können. Darüber hinaus müssen Ausgaben für medizinische Versorgung, Hygiene (etwa Seife und Waschmittel) und Schulbesuch reduziert oder ganz eingestellt werden.[35]

Auf dem Höhepunkt des Preisanstiegs Ende Februar 2008 fanden an vier Orten in Burkina Faso ‚Hungeraufstände' (‚*émeutes de la faim*') statt. Konkret handelte es sich um nicht angemeldete Demonstrationen, im Zuge derer es zu Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und Sicherheitskräften kam. Öffentliche und private Einrichtungen (etwa Gebäude der Stadtverwaltung, Geschäfte und Tankstellen) wurden beschädigt, es gab brennende Straßenblockaden und viele Verletzte, zahlreiche Menschen wurden festgenommen.[36] Händler_innen der jeweiligen lokalen Märkte mobilisierten am 20. Februar 2008 zu Protesten in Bobo-Dioulasso und Ouahigouya, der zweit- beziehungsweise viertgrößten Stadt in Burkina Faso. Anlass war die Einführung der kommunalen Ent-

[35] Mission Conjointe Agences du Gouvernement / SNU / ONG Save The Children UK, Impact de la hausse des prix sur les conditions de vie des ménages et les marchés de Ouagadougou et Bobo-Dioulasso. Rapport de synthèse de fin de mission, Ouagadougou 2008.

[36] Vgl. Le Pays, 20. Februar 2008; L'Observateur Paalga, 22.–24. Februar 2008; L'Evénement, 25. Februar 2008.

wicklungssteuer (*taxe de développement communal*, TDC). Die geplante Abgabe auf Mopeds, Motorräder, PKW und LKW in Höhe von 1.000 (für Mofas und Motorroller bis 50 cm^2) bis 50.000 (für schwere LKW) Franc CFA[37] war bereits 1994 beschlossen, auf Grund der innenpolitischen Lage in Burkina Faso in den 1990er Jahren und der ersten Hälfte der 2000er Jahre aber nicht umgesetzt worden. Nun sollte sie ausgerechnet zu einem Zeitpunkt eingeführt werden, zu dem die Nahrungsmittelpreise enorm gestiegen waren. Der Markt von Bobo-Dioulasso blieb am 20. Februar 2008 geschlossen. Am Folgetag fanden auch in Banfora, der drittgrößten Stadt des Landes, Proteste statt. Zu den ersten ‚Aufständen' hatten unter anderem anonyme Flugblätter die Händler_innen aufgerufen. In der Hauptstadt Ouagadougou verfasste außerdem Nana Thibaut,[38] Gründer und Vorsitzender der politischen Partei *Rassemblement Démocratique et Populaire* sowie von deren Jugendorganisation *Jeunes Patriotes Révolutionnaires du Faso*, eine Erklärung, mit der er zu einem Generalstreik (*„une journée ville morte et de désobéissance civile"*[39]) am 20. Februar aufrief. Thibaut hatte eine Demonstration für den 28. Februar anzumelden versucht, die von der Stadtverwaltung nicht genehmigt worden war. Er kündigte daraufhin an, trotzdem

[37] Der Franc CFA ist die gemeinsame Währung der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion und war seit seiner Einführung durch die Ratifizierung des Bretton-Woods-Abkommens 1945 mit einem festen Wechselkurs an den französischen Franc gekoppelt. Heute liegt der feste Kurs bei 1 Euro = 655,957 Franc CFA.

[38] Thibaut rechnet sich selbst der parteipolitischen Opposition zu, unterstützte in den Präsidentschaftswahlen 2006 jedoch den autoritären amtierenden Präsidenten Blaise Compaoré; vgl. Augustin Loada, Contrôler l'opposition dans un régime semi-autoritaire. Le cas du Burkina Faso de Blaise Compaoré, in: Mathieu Hilgers / Jacinthe Mazzocchetti (Hg.), Révoltes et oppositions dans un régime semi-autoritaire. Le cas du Burkina-Faso, Paris 2010, S. 269–294, hier S. 291.

[39] Déclaration et Appel à la mobilisation générale des Jeunes Patriotes Révolutionnaires du Faso contre la flambée des prix des produits de première nécessité, Ouagadougou, 20. Feburar 2008.

marschieren zu wollen.[40] Thibaut zog seinen Aufruf zwar zurück,[41] doch es kam in Ouagadougou am 28. Februar 2008 dennoch zu einer unangemeldeten Demonstration und zu einem Streik gegen die hohen Preise, die aber nicht nur eine Folge von Thibauts Erklärung waren, sondern mindestens ebenso eine Folge der Mobilisierung der Händler_innen nach den Protesten in den anderen Städten.[42] 184 Personen wurden festgenommen – darunter auch Thibaut, der in einem Eilverfahren im März 2008 zu drei Jahren Haft verurteilt, dann aber Anfang Februar 2009 infolge eines Gnadengesuchs, das er an den Staatspräsidenten richtete, aus dem Gefängnis entlassen wurde.[43]

Am selben Tag, an dem in Ouagadougou die ‚Hungeraufstände' stattfanden, versammelten sich die Gewerkschaften und verfassten eine Erklärung, in der sie die bei den ‚Aufständen' entstandenen Schäden bedauerten, jedoch darauf hinwiesen, dass die Proteste Ausdruck der legitimen Wut der Menschen auf die hohen Lebenshaltungskosten seien. Die von der Regierung angekündigten Maßnahmen wie unter anderem die Aussetzung der Importzölle auf Grundnahrungsmittel für drei Monate wurden als unzureichend kritisiert. Außerdem riefen die Gewerkschaften mit anderen ‚zivilgesellschaftlichen' Akteuren (Verbraucher_innen-Verbände, Menschenrechtsorganisationen und andere) zu einer Versammlung am 6. März 2008 auf, und für den 15. März planten sie eine zentrale Demonstration in Ouagadougou.[44] Am 12. März schlossen sich alle großen Gewerkschaften Burkina Fasos, Konsument_innen-Vereinigungen, Berufsverbände sowie Organisationen der Menschenrechts-, Frieden-, Frauen-, Jugend- und Studierendenbewegung zur

[40] « Autorisation ou pas, nous allons marcher le 28 », L'Observateur Paalga, 22.–24. Februar 2008.

[41] Interview mit Nana Thibaut, Ouagadougou, 10. Dezember 2011.

[42] Maccatory u. a., West African Social Movements (wie Anm. 5); Ernst Harsch, Urban Protests in Burkina Faso, in: African Affairs, 108 (2009), 431, S. 263–288.

[43] IRIN, 4. März 2008; L'Observateur Paalga, 19. August 2008; Le Pays, 30. März 2009.

[44] Les Centrales Syndicales du Burkina Faso / Les Syndicats Autonomes, Appel pour des luttes organisées et massives contre la vie chère, la corruption, la fraude, l'impunité et pour les libertés, Ouagadougou, 29. Februar 2008.

Coalition nationale de lutte contre la vie chère, la corruption, la fraude, l'impunité et pour les libertés (CCVC, Koalition zum Kampf gegen das teure Leben, die Korruption, den Betrug, die Straflosigkeit und für die Freiheiten) zusammen.[45] Nach der Demonstration am 15. März organisierte die CCVC landesweite Generalstreiks am 8. und 9. April und vom 13. bis zum 15. Mai 2008. Außerdem rief sie in regelmäßigen Abständen zu Großkundgebungen in Ouagadougou auf, so am 15. Mai 2008, am 8. April 2011 und zuletzt am 26. Mai 2012.[46]

Die schnelle Übernahme und Kanalisierung der Forderungen aus den ‚Hungeraufständen' ging darauf zurück, dass ‚das teure Leben' seit Jahren und verstärkt seit 2007 zum Thema der Bewegungsorganisationen und vor allem der Gewerkschaften geworden war. Noch eine Woche vor den ‚Hungeraufständen' hatte der Gewerkschaftsverband *Confédération générale des travailleurs du Burkina* (CGT-B) eine Erklärung herausgegeben, in der er die „anderen Organisationen" (der Schüler_innen und Studierenden, der Konsument_innen, der Menschenrechtsbewegung, der Frauen, der Jugend …) zu entsprechenden gemeinsamen Initiativen aufrief.[47]

Zwar handelte es sich bei den Ereignissen in Bobo-Dioulasso, Ouahigouya und Banfora insofern um ‚spontane Aufstände', als dass es zunächst weder eine organisierte, zeitlich und räumlich bestimmbare Mobilisierung seitens der formellen Bewegungsorganisationen gab. Die Funktionsträger_innen dieser Organisationen geben zu, von den ‚Hungeraufständen' im Februar 2008 überrascht gewesen zu sein. Sie betonen aber auch, dass solche ‚spontanen Proteste' nicht aus dem Nichts heraus entstehen. „Wir agitieren seit 2004", so ein Gewerkschaftsfunktionär: „Das schafft eine Men-

[45] Acte de naissance de la CCVC, Ouagadougou, 12. März 2008.

[46] Fasozine, 19. März 2011; « La CCVC demande au gouvernement de LAT de réduire significativement le coût de la vie! », Conférence de Presse du lundi, 7 mai 2012, déclaration liminaire (Presseerklärung der CCVC vom 7. Mai 2012); CCVC / le comité d'organisation, « Toutes et tous ensemble à la marche meeting du 26 mai 2012 contre la vie chère » (Flugblatt vom Mai 2012).

[47] Erklärung der CGT-B vom 14. Februar 2008, abgedruckt in: Le Travail, 46 (Oktober 2008).

talität."[48] Wahrscheinlich bestand der unmittelbare Auslöser (nicht die eigentliche Ursache!) insbesondere der ‚spontanen' Proteste in Bobo-Dioulasso und Ouahigouya im Februar 2008 aus einer Kombination von drei Faktoren: der vorausgegangenen Mobilisierung durch die Bewegungsorganisationen, insbesondere durch die Gewerkschaften; der kurzfristigen Mobilisierung durch die Vereinigungen der Händler_innen auf den Märkten, die sich mit den informellen Sektoren überschneiden; und dem Aufruf von Nana Thibaut.

In der Konstruktion sowohl der Bewegungsorganisationen als auch ihrer staatlichen Gegenüber (Regierung, Verwaltungen, Sicherheitskräfte) besteht ein Dualismus von ‚*marche*' und ‚*émeute*'. ‚*Marche*'[49] meint eine ‚geplante', ‚gut organisierte' dem Versammlungsrecht entsprechend angekündigte Demonstration, die von ‚identifizierbaren' kollektiven Akteuren organisiert wird und in ‚geregelten Bahnen' und ‚ohne Probleme' verläuft. Dabei sind mit ‚Problemen' vor allem Sachschäden und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrant_innen gemeint. Als ‚Aufstände' (‚*émeutes*') werden hingegen ‚spontane Bewegungen' bezeichnet, an denen vor allem junge Leute beteiligt sind, die sich innerhalb der Stadtviertel kennen und mündlich oder per SMS innerhalb kurzer Zeit mobilisiert werden, ohne dass formale Organisationsstrukturen identifizierbar sind. Viele dieser jungen Leute sind erwerbslose beziehungsweise im informellen Sektor tätige ‚*jeunes*'.[50] Der informelle Sektor „hat keine Kader", erklärt der bereits zitierte Gewerkschaftsfunktionär, „das sind die Sektoren, die rausgehen, wenn es heiß wird."[51] Der Dualismus von ‚*marche*' und ‚*émeute*' zeichnet

[48] Interview, Ouagadougou, 10. November 2011.

[49] Im westafrikanischen Sprachgebrauch ist der Begriff ‚*marche*' für eine ‚reguläre' Demonstration üblicher als die Bezeichnung ‚*manifestation*' (die jedoch auch gebräuchlich ist).

[50] Der Begriff ‚*jeunes*' (‚Jugendliche') bezieht sich hier weniger auf das Lebensalter als vielmehr auf den sozialen Status; vgl. etwa Henrik Vigh, Navigating Terrains of War: Youth and Soldiering in Guinea-Bissau, Oxford / New York 2006.

[51] Interview, Ouagadougou, 10. November 2011. Die Formulierung „heiß werden" („*chauffer*") ist typisch in Beschreibungen von Protestsituationen, bei denen es zu Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrant_innen sowie zu

sich vor allem durch zwei Zuschreibungen aus: geplant/organisiert vs. spontan/unorganisiert und ‚keine Probleme'/keine ‚*casses*'[52] (Zerstörungen) vs. potenziell mit Sachschäden/‚*casses*' verbunden.[53] Letzteres entspricht etwa der in der deutschen Debatte ähnlichen Konstruktion der ‚friedlichen Demonstration' gegenüber ‚Krawallen'.

Johanna Siméant weist zu Recht darauf hin, dass eine solche vereinfachende Gegenüberstellung analytisch wenig hilfreich ist, der Blick auf das Verhältnis unterschiedlicher Protestformen hingegen Aufschluss über den Verlauf sozialer Kämpfe geben kann.[54] Denn tatsächlich sind ‚spontane' und ‚organisierte' Proteste häufig miteinander verknüpft. Vor allem aber beziehen sich die Diskurse über ‚reguläre' Proteste implizit oder explizit auf die Möglichkeit ‚unorganisierter', ‚spontaner' Auseinandersetzungen.[55] Die Bewegungsorganisationen verweisen einhellig darauf, dass es zu den ‚spontanen Bewegungen' – das heißt zu den ‚unorganisierten' Protesten, die mit erheblichen Sachschäden einhergingen – gekommen sei, weil die Regierung sich auf keine Zugeständnisse wie Preiskontrollen oder eine Erhöhung der Kaufkraft eingelassen habe. Nach den ‚*émeutes de la faim*' habe die Regierung eingesehen, dass sie besser mit den Gewerkschaften, der CCVC und den Menschenrechtsorganisationen verhandelt (was sie auch getan hat). Tatsächlich ließ

Sachschäden kommt, Menschen verletzt oder getötet werden.

[52] ‚*Casse*' ist die Substantivierung des französischen Verbs ‚*casser*', das wörtlich ‚brechen' oder ‚zerbrechen' meint. In der gegenwärtigen Debatte über die Proteste in Burkina wird es als Oberbegriff für alle seitens der Protestierenden ausgeübte Gewalt gegen Sachen und Personen gebraucht, insbesondere gezielte oder unbeabsichtigte Beschädigungen an Gebäuden, etwa durch Steinwürfe oder Feuer.

[53] Interviews mit Mitgliedern von Bewegungsorganisationen, Ouagadougou, 16. November 2011, 18. November 2011, 20. November 2011, 3. Dezember 2011 und 5. Dezember 2011; Banfora, 22. November 2011; Koudougou, 8. Dezember 2011; Interviews mit Verwaltungsangestellten, Banfora, 22. November 2011.

[54] Johanna Siméant, „Oh no! Let's march but not riot!" Street protests in Bamako during the years 1992–2010, Beitrag zum Panel „Social Movements in Africa" der vierten European Conference on African Studies, Uppsala, 17. Juni 2011, [www.nai.uu.se/ecas-4/panels/41-60/panel-60/].

[55] Ebd., S. 2.

sich die Regierung auf einige Kompromisse ein, indem sie etwa die kommunale Entwicklungssteuer (TDC) aussetzte.

Und tatsächlich ist insofern die auf Mali bezogene Beobachtung von Johanna Siméant – eine diskursive Delegitimierung von Protest durch den Rekurs auf ‚Gewalt' – für Burkina Faso nicht in gleicher Weise gültig. Denn hier wurden durch den Verweis auf die ‚spontanen' Proteste die ‚organisierten' Aktionen der Bewegungsakteure argumentativ aufgewertet – und zwar durch die Bewegungsorganisationen ebenso wie durch ihre staatlichen Gegenspieler. Dabei fällt sogar die rhetorische Distanzierung der ‚organisierten' Akteure von den ‚spontanen' Protesten schwach aus: „*Il faut qu'il y a de la fumée*" („Es muss Rauch geben"), meinten beispielsweise Vertreter_innen einer der Nähe zu den ‚spontanen Bewegungen' unverdächtigen Mitgliedsorganisation der CCVC.[56] Diese Gruppen sagen, dass sie zwar niemanden auffordern, etwas kaputt zu machen, dass die Regierung häufig aber erst reagiere, wenn es Zerstörungen gebe. Wenn es also zu ‚spontanen Bewegungen' kommt – „*bon*!"[57] Die Auswirkungen des Verhältnisses von ‚organisierten' und ‚spontanen' Bewegungen lassen sich angelehnt an Herbert Haines als „Flankeneffekt" fassen.[58] Haines analysiert, welche Folgen es für eine soziale Bewegung hat, wenn sich Teile von ihr radikalisieren, und stellt sowohl positive wie negative „*radical flank effects*" fest. So hätten beispielsweise moderate Gruppen der Bürgerrechtsbewegung in den USA als Folge der Radikalisierung von Teilen der Bewegung mehr externe, insbesondere finanzielle Unterstützung erfahren. Im Fall der Proteste ‚gegen das teure Leben' in Burkina Faso ließe sich, Haines' Überlegungen aufgreifend, von einem ‚spontanen Flankeneffekt' sprechen: Das Auftreten ‚spontaner' Proteste wie der ‚Hungerrevolten' 2008 hat die Position der etablierten Bewegungsorganisationen im Machtkampf mit der Regierung verbessert und sie eher legitimiert als delegitimiert.

[56] Interview, Ouagadougou, 18. November 2011.

[57] Ebd.

[58] Herbert H. Haines, Black Radicalization and the Funding of Civil Rights: 1957–1970, in: Social Problems, 32 (1984), S. 31–41.

Zur (langen) Vorgeschichte der Proteste

Burkina Faso zählt nicht nur zu den Ländern, in denen die intensivsten ‚Hungeraufstände' der letzten Jahre auf dem afrikanischen Kontinent stattgefunden haben; in kaum einem anderen Land dauerten und dauern die Proteste ‚gegen das teure Leben' so lang an wie dort. Wie gelingt den burkinischen Protestakteuren diese Mobilisierung über einen langen Zeitraum? Wie im vorigen Abschnitt bereits angeklungen ist, handelt es sich bei den Kämpfen ‚gegen das teure Leben' nicht (nur) um punktuelle und spontane ‚Aufstände'; vielmehr hatten die Proteste eine lange Vorgeschichte in der Entwicklung der sozialen Bewegungen in Burkina Faso seit den 1980er Jahren, auf die hier kurz eingegangen werden soll.

Damit ist auch gesagt, dass sich die Proteste nicht ‚nur' gegen die hohen Lebensmittelpreise richten. Das soll keinesfalls die dramatischen Auswirkungen in Frage stellen, welche die hohen Preise für Grundbedarfsgüter insbesondere für die armen Bevölkerungsschichten in Burkina Faso und anderenorts haben. Aber die Proteste ‚gegen das teure Leben' sind deshalb so intensiv und so relativ erfolgreich, weil sie die Fortsetzung jahrelanger gewerkschaftlicher Mobilisierung sowie lang andauernder Kämpfe für soziale und politische Rechte sind. Es gelingt den Protestakteuren, unter dem *frame ‚la vie chère'* alle wichtigen außerparlamentarischen oppositionellen Organisationen und Bewegungen in Burkina Faso und deren Forderungen zusammenzubinden.

Die CCVC konnte deshalb bereits unmittelbar nach den ‚Hungeraufständen' vom Februar 2008 entstehen, weil sie direkt auf das *Collectif d'organisations démocratiques de masse et de partis politiques* (Kollektiv der demokratischen Massenorganisationen und politischen Parteien) aufbaute, das seit Ende der 1990er Jahre kontinuierlich für politische Rechte gekämpft hatte. Zu dem kurz ‚Kollektiv' genannten Bündnis schlossen sich Anfang 1999 die CGT-B, die Menschenrechtsorganisation *Mouvement burkinabè des droits de l'homme et des peuples* (MBDHP), die Studierendenorganisation

Union générale des étudiants du Burkina (UGEB) und die Vereinigung der Journalist_innen *Association des journalistes du Burkina* (AJB) mit Oppositionsparteien, Frauen- und Anwaltsgruppen zusammen. Anlass war die Ermordung des Journalisten Norbert Zongo im Dezember 1998. Zongo, Gründer und Herausgeber der unabhängigen Wochenzeitung *L'Indépendant*, hatte in mehreren Zeitungsartikeln François Compaoré, den Bruder des Präsidenten Blaise Compaoré, für den Tod von dessen Fahrer David Ouédraogo verantwortlich gemacht und eine unabhängige Untersuchung des Todesfalls gefordert.[59] Ouédraogo war unter dem Vorwurf, seinem Dienstherren Geld gestohlen zu haben, inhaftiert worden und im Januar 1998 an den Folgen von Folter gestorben. Norbert Zongo setzte seine Recherchen zu dem Fall fort – ungeachtet aller Versuche, ihn einzuschüchtern oder zu korrumpieren. Am 13. Dezember 1998 wurde Zongo etwa hundert Kilometer südlich der Hauptstadt Ouagadougou erschossen in seinem ausgebrannten Fahrzeug aufgefunden. Die Regierung erklärte, der Journalist sei bei einem Unfall gestorben. Am nächsten Tag gingen Tausende, vor allem Schüler_innen und Studierende, in Ouagadougou und zahlreichen weiteren Orten auf die Straßen und forderten die Aufklärung der Umstände des Todes von Norbert Zongo und ein Ende der Straflosigkeit. Teilweise kam es zu Angriffen auf Regierungs- und Verwaltungsgebäude sowie auf die Büros der Regierungspartei *Congrès pour la démocratie et le progrès* (CDP). Die Beerdigung des Zeitungsgründers wurde zur bis dahin größten Demonstration gegen die Straflosigkeit, seit Blaise Compaoré elf Jahre zuvor die Macht übernommen hatte:[60] Über 20.000 Menschen gaben Zongo das letzte Geleit, sein Tod wurde weit über die Grenzen Burkina Fasos hinaus zum Symbol für staatliche Willkür.[61] Im Januar 1999 fanden

[59] Vgl. Ernest Harsch, Trop, c'est trop! Civil Insurgence in Burkina Faso 1998–99, in: Review of African Political Economy, 26 (1999), 81, S. 395–406.

[60] Blaise Compaoré wurde 1987 Präsident, nachdem sein Amtsvorgänger und ehemaliger politischer Weggefährte Thomas Sankara bei einem Putsch getötet wurde. Vier Jahre zuvor war Sankara selbst durch einen Staatsstreich an die Macht gekommen.

zwei dreitägige, landesweite Proteststreiks statt.[62] Zur ‚Akte Norbert Zongo' wurden oberflächlich Untersuchungen durchgeführt, einzelne niedrigrangige Angehörige der Sicherheitskräfte wurden angeklagt. Gleichzeitig sahen sich Aktivist_innen mit Einschüchterungen und Repressionen konfrontiert. Noch 1999 wurden sechs führende Köpfe des ‚Kollektivs' unter dem Vorwurf, einen Staatsstreich zu planen, inhaftiert.[63] Drei von ihnen zählten als Vorsitzende unterschiedlicher Organisationen 2008 zu den Unterzeichner_innen der Gründungserklärung der CCVC.

„*Trop, c'est trop*!" („Jetzt ist es zu viel!"), lautete der prominente Slogan der Demonstrationen Ende der 1990er Jahre und in den 2000er Jahren.[64] Der Tod Norbert Zongos wirkte als Katalysator für die sozialen Bewegungen in Burkina Faso, die Studierendenbewegung und einzelne Gewerkschaften gewannen zunehmend an Kraft. Aber bereits zu diesem Zeitpunkt existierten die wichtigsten Bewegungsorganisationen schon rund zehn Jahre. Die CGT-B war 1988, der MBDHP, heute eine der größten und einflussreichsten Menschenrechtsorganisationen Westafrikas, ein Jahr später gegründet worden. Zur formalen Demokratisierung des politischen Systems in Burkina Faso kam es 1991. Per Volksabstimmung wurde eine neue, von der Regierung vorgelegte Verfassung bestätigt, die formal bürgerliche und politische Rechte garantiert. An der Einschüchterung und dem ‚Verschwindenlassen' politischer Gegner_innen, den Einschränkungen der Presse- und Versammlungsfreiheit

[61] Nikolai Brandes, Chirurgie ohne Anästhesie. Widerstand gegen die Universitätsreformen in Burkina Faso, in: sul serio, Sonderausgabe 5 (2007), S. 15–17; vgl. Matthieu Hilgers, Identité collective et lutte pour la reconnaissance. Les révoltes à Koudougou lors de l'affaire Zongo, in: ders., Révoltes et oppositions dans un régime semi-autoritaire (wie Anm. 39), S. 175–193; Marie-Soleil Frère, « Enterrement de première classe» ou « leçon de droit »: La presse burkinabè et l'affaire Norbert Zongo, in: ebd., S. 241–267.

[62] Harsch, Trop, c'est trop! (wie Anm. 59), S. 398.

[63] Amnesty International, Jahresberichte 1999 und 2000: Burkina Faso.

[64] Vgl. Harsch, Trop, c'est trop! (wie Anm. 59); Sten Hagberg, 'Enough is Enough': An Ethnography of the Struggle Against Impunity in Burkina Faso, in: Journal of Modern African Studies, 40 (2002), 2, S. 217–246.

sowie der Straflosigkeit für Sicherheitskräfte änderte sich aber kaum etwas.[65] Bis zu den ‚Brotrevolten' 2008 bestimmte daher vor allem die Forderung nach politischen und bürgerlichen Rechten die Agenda der sozialen Bewegungen in Burkina Faso: Straflosigkeit, Justizwillkür, Gewalt durch die Sicherheitskräfte. Wirtschafts- und sozialpolitische Themen, vor allem bezogen auf die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, waren im Forderungskatalog des ‚Kollektivs' enthalten, standen aber nicht im Mittelpunkt.[66]

Die heutige CCVC unterscheidet sich in zwei wesentlichen Punkten vom ‚Kollektiv', das parallel (mit großen personellen Überschneidungen) weiter besteht. Während das ‚Kollektiv' von der Menschenrechtsbewegung angeführt wird, haben in der CCVC die Gewerkschaften die Federführung, wobei der Vorsitzende des MBDHP, seit Oktober 2007 Chrysogone Zougmoré, gleichzeitig Präsident des ‚Kollektivs' und Vizepräsident der CCVC ist.[67] Anders als im ‚Kollektiv' sind in der CCVC politische Parteien ausgeschlossen. Dies stellt, wie Aktivist_innen in Interviews erklärten, eine bewusste Entscheidung dar, da man im ‚Kollektiv' die Erfahrung gemacht habe, dass Parteipolitiker das zivilgesellschaftliche Bündnis für individuelle Machtinteressen missbrauchen können.[68] Angesichts der für 2012 geplanten nationalen Parlamentswahlen organisierte das ‚Kollektiv' im Krisenjahr 2011[69] erstmals keine zentrale Demonstration in Ouagadougou zum Todestag von Norbert Zongo. Ein Grund hierfür war die Befürchtung einer ungewollten Instrumentalisierung im Wahlkampf; ein anderer bestand

[65] Vgl. Amnesty International, Jahresberichte 1998, 1999, 2000 und 2001: Burkina Faso; vgl. Loada, Contrôler l'opposition (wie Anm. 38).

[66] Harsch, Trop, c'est trop! (wie Anm. 59), S. 400.

[67] Dennoch war die CGT-B auch im ‚Kollektiv' eine wichtige Kraft, vor allem bei der Organisation der Streiks (vgl. ebd.).

[68] Interviews mit Mitgliedern der CCVC, Ouagadougou, 16. November 2012; Koudougou, 8. Dezember 2011.

[69] Unter dem Druck umfangreicher sozialer Proteste sowie Meutereien innerhalb der staatlichen Sicherheitskräfte wurde im April 2011 die burkinische Regierung aufgelöst.

darin, dass man sich stärker auf die Mobilisierung im Rahmen der CCVC konzentrierte.

Vom ‚Kollektiv' zur CCVC

Die CCVC hat das ‚Kollektiv' also nicht abgelöst, stellt jedoch eine Verschiebung in der Konstellation der Bewegungsorganisationen dar. Diese ging nicht mit einer Konkurrenz der Bewegungsorganisationen untereinander oder einer Schwächung der Grund- und Menschenrechtsorganisationen einher, deren führender Vertreter der MBDHP ist. Die Menschenrechtsthematik blieb auch während der ‚Brotrevolten' seit 2008 erhalten. Insbesondere im Jahre 2011 wurde im Zuge der Ereignisse um den Tod des Schülers Justin Zongo deutlich,[70] dass das Thema Straflosigkeit in Burkina Faso so aktuell wie eh und je ist. Justin Zongo starb in der Nacht vom 19. auf den 20. Februar 2011 im Gewahrsam der Gendarmerie in Koudougou, die ihn im Zuge eines Streits unter Schülern festgenommen hatte. Nachdem Vertreter der Sicherheitskräfte, der lokalen Verwaltung und der nationalen Regierung am Folgetag auf einer Pressekonferenz verkündeten, der junge Mann sei an Meningitis gestorben, kam es in Koudougou und wenig später auch an anderen Orten zu unangekündigten Demonstrationen mit teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden (mehrheitlich Schüler_innen und Studierenden) und Sicherheitskräften. Die Folge waren Sachschäden sowie mehrere Tote auf Seiten der Demonstrant_innen.[71] Der Tod von Justin Zongo wurde zu einem weiteren Symbol der willkürlichen Gewalt staatlicher Sicherheitskräfte. Anders jedoch als im Todesfall Norbert Zongo zwölf Jahre zuvor wurde wenige Monate nach dem Tod von Justin das Verfahren gegen die unmittelbar schuldigen Gendarmen eröffnet, die schließlich auch zu Haftstrafen verurteilt wurden. Menschenrechtsorganisa-

[70] Justin Zongo und Norbert Zongo waren nicht verwandt. Beide stammten aus Koudougou; in der Region ist Zongo ein sehr häufiger Familienname.

[71] Centre National de Presse Norbert Zongo, Crise Sociale au Burkina Faso. Relecture de Presse sur la crise consécutive au décès de l'élève Justin Zongo à Koudougou, période: février–mars 2011, Ouagadougou 2011.

tionen verbuchen dies als Erfolg im Kampf gegen die Straflosigkeit, obwohl die Regierung zunächst keine weitergehenden politischen Konsequenzen aus dem Vorfall zog.

‚Contre la vie chère' als erfolgreiche Rahmung

Die Mobilisierung zu Protesten ‚gegen das teure Leben' gelingt seit nunmehr vier Jahren deshalb, weil sich unter dem *frame ‚contre la vie chère'* alle wichtigen Protestakteure in Burkina Faso zusammenfinden. Unter einem frame (einer ‚Rahmung') wird in der Bewegungs- und Protestforschung unter Rückgriff auf Erwin Goffmans Interaktionstheorie ein Komplex von Bedeutungszuweisungen und Interpretationen verstanden, der kollektives Handeln legitimiert und Unterstützung mobilisiert.[72] *Frames* werden durch die handelnden Akteure einer sozialen Bewegung und ihre Adressat_innen gemeinsam und beständig durch bedeutungszuweisende Praktiken produziert und reproduziert.[73] Nach innen erfüllen *frames* für soziale Bewegungen die Funktion, zur Teilnahme an Protestaktionen zu mobilisieren und das Niveau der Beteiligung aufrecht zu erhalten; nach außen mobilisieren sie Unterstützung, etwa durch Geldgeber_innen und politische Bündnispartner_innen oder in Form von Medienaufmerksamkeit, und sie beeinflussen staatliches politisches Handeln.[74] Der *frame* ‚gegen das teure Leben' erweist sich für die sozialen Bewegungen in Burkina Faso als außerordentlich erfolgreich. Diese Rahmung umfasst praktisch alle zentralen Themen der einflussreichen Protestbewegungen. Dies wird bereits am Namen

[72] David A. Snow / Robert D. Benford, Framing Processes and Social Movements: An Overview and Assessment, in: Annual Review of Sociology, 26 (2000), S. 611–639; zur Kritik vgl. Robert D. Benford, An Insider's Critique of the Social Movement Framing Perspective, in: Sociological Inquiry, 67 (1997), 4, S. 409–430.

[73] Francesca Polletta / M. Kai Ho, Frames and Their Consequences, in: Robert E. Goodin / Charles Tilly (Hg.), Oxford Handbook of Contextual Political Analysis, Oxford 2006, S. 187–209.

[74] Doug McAdam, Taktiken von Protestbewegungen. Das „Framing" der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 34 (1994), S. 393–412.

des Bündnisses („Koalition gegen das teure Leben, die Straflosigkeit, die Korruption und für die Freiheit") deutlich. Der Forderungskatalog der CCVC vom Juli 2008 beinhaltet neben der Forderung nach der Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen und privaten Sektor sowie nach einer „signifikanten und effektiven Preiskontrolle" für Grundnahrungsmittel auch Forderungen nach kostenloser Grundbildung und medizinischer Notversorgung sowie nach Presse-, Meinungs- und Versammlungsfreiheit; auch freie Wahlen unter der Zulassung unabhängiger (das heißt parteiloser) Kandidaturen werden gefordert.[75] Gleiches gilt für die Aufrufe zu den großen Protestaktionen des Bündnisses. „Nein zum teuren Leben, der Korruption und der Straflosigkeit! Nein zur Liquidierung der schwachen Industrien im Land!", hieß es etwa im Aufruf der CGT-B zur Demonstration am 15. März 2008.

Die Organisationen der Grund- und Menschenrechtsbewegung befassen sich mit der Reaktion der staatlichen Verwaltung und der Sicherheitskräfte auf die Proteste – etwa, indem sie das Versammlungsrecht verteidigen, Todesfälle bei Demonstrationen sowie Polizeigewalt dokumentieren. Die Menschenrechtsgruppen wachen zudem über den Verbleib von Verhafteten und Inhaftierten und drängen auf offene, faire Gerichtsverfahren.[76] ‚Gegen das teure Leben' wird auch als Menschenrechtsthema verstanden, indem nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Rechte gefordert werden: der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Wohnraum wird als Menschenrecht verstanden, das durch ‚das teure Leben' verletzt werde.[77]

Auch die Forderungen der Studierendenbewegung, seit den 1980er Jahren eine wichtige politische Kraft in Burkina Faso,[78] las-

[75] CCVC, Plate-forme revendicative, 15. Juli 2008.

[76] Interviews mit Mitgliedern von Grund- und Menschenrechtsorganisationen, Ouagadougou, 16. November 2011; Bobo-Dioulasso, 25. November 2011; Koudougou, 8. Dezember 2011.

[77] Interview mit einem Mitglied einer Menschenrechtsorganisation, Ouagadougou, 14. November 2011.

[78] Vgl. Hagberg, 'Enough is Enough' (wie Anm. 64), S. 228.

sen sich leicht in den Rahmen ‚Gegen das teure Leben' einordnen. Denn die Kämpfe der Studierenden in Ouagadougou und an den (wenigen) anderen Universitätsstandorten im Land richten sich neben dem Protest gegen schlechte Studienbedingungen vor allem auf die prekäre ökonomische Situation der meisten Studierenden: Nur die allerwenigsten erhalten staatliche Stipendien; die auf dem Campus ausgegebenen Mahlzeiten reichen längst nicht für alle Studierenden aus und sind darüber hinaus oft von schlechter Qualität. Obwohl die Wohnheime chronisch überbelegt sind (oft teilten sich zwei Studierende ein Bett), finden viele keinen Platz, und die Miete für ein Zimmer außerhalb des Campus können sich Studierende aus ärmeren Familien[79] nicht leisten.[80] ‚Das teure Leben' perpetuiert die schwierige Lage der Studierenden.[81]

Schließlich wird ‚das teure Leben' von den sozialen Bewegungen unisono nicht allein durch den Preisanstieg definiert, sondern durch die immer größer werdende Schere zwischen Preisen und verfügbarem Einkommen. Hiermit ‚passen' die schon seit vielen Jahren erhobenen gewerkschaftlichen Forderungen nach höheren Löhnen und Gehältern perfekt in den Rahmen.[82] Im Aufruf der CGT-B zur Demonstration am 15. März 2008 heißt es: „*Faut-il le rappeler, le mouvement syndical a engagé la lutte contre la vie chère depuis au moins 2004. Au sortir des négociations des 15 et 16 novembre 2007 avec le gouvernement le mouvement syndical a dans la circulaire – directive unitaire du 24 décembre 2007, indiqué que « les résultats*

[79] 2009 lebten über 70 Prozent der Menschen in Burkina Faso von weniger als zwei US-Dollar täglich, über 44 Prozent von weniger als 1,25 US-Dollar: World Bank Development Indicators, [http://data.worldbank.org/indicator].

[80] Interview mit Mitgliedern der Studierendenbewegung, Ouagadougou, 16. November 2011; Brandes, Chirurgie ohne Anästhesie (wie Anm. 61); vgl. Jacinthe Mazzocchetti, Entre espoirs et désillusions: représentations politiques des étudiants burkinabè, in: Hilgers, Révoltes et oppositions (wie Anm. 39), S. 205–222; Loada, Contrôler l'opposition dans un régime semi-autoritaire (wie Anm. 38).

[81] Interviews mit Mitgliedern der Studierendenbewegung, Ouagadougou, 16. November 2011; Bobo-Dioulasso, 25. November 2011.

[82] Interviews mit Gewerkschaftsmitgliedern, Ouagadougou, 10. November 2011 und 19. November 2011.

insuffisants des négociations des 15 et 16 novembre 2007, ne nous laissent d'autre choix que de nous organiser et nous mobiliser davantage. »"

Die Gewerkschaftszeitung *Le Travail* titelte im März 2011 „Gesundheit und das teure Leben", im Juni 2011 „Bildung und das teure Leben" und im September desselben Jahres „Das teure Leben in der gesellschaftlich-politischen Krise".[83] Die Forderungen nach politischen Rechten können die Gewerkschaften im Rahmen der CCVC problemlos mit vertreten: „Brot und Freiheit" war und ist ohnehin eine der zentralen Parolen gewerkschaftlicher Mobilisierung in Burkina Faso.[84]

Globale Entwicklungen und lokale Kämpfe

Teil der *framing*-Strategie der burkinischen Protestakteure ist, dass die Verantwortung für die hohen Lebenshaltungskosten auf der nationalen Ebene, nämlich bei der burkinischen Regierung, und nicht primär auf der globalen Ebene (also im Zusammenhang der Nahrungsmittelpreiskrise) angesiedelt wird. Deutlich wird daran auch, dass Ursache-Wirkungs-Verhältnisse in komplexen, mehrere Ebenen umfassenden sozialen Zusammenhängen nicht so einfach kausal zuzuordnen sind. Zwar besteht kein Zweifel hinsichtlich der vielfachen Ursachen der Nahrungsmittelpreiskrise auf globaler Ebene, wie sie sich etwa in den Spekulationen oder der Ausweitung der Agrarkraftstoffproduktion zeigen. Ebenso wenig lässt sich bestreiten, dass sozioökonomische Strukturbedingungen maßgeblich dafür sind, welche Wirkungen globale Krisen auf nationaler und lokaler Ebene entfalten. Aber nationale Regierungen verfügen über einen gewissen, wenngleich nicht uneingeschränkten Spielraum, um auf globale Krisen zu reagieren.

[83] Le Travail, 50 (März 2011), 51 (Juni 2011), 52 (September 2011).

[84] Vgl. etwa SYNTHER, Déclaration sur la situation à l'Université de Ouagadougou, in: L'Indépendant, 8. Juli 2008; CGTB: Le « Général » Tolé toujours aux commandes, lefaso.net, 1. Dezember 2006, [www.lefaso.net/spip.php?article17697].

Aus zahlreichen Arbeiten aus dem Feld der kritischen Geographie wissen wir, dass räumliche Maßstabsebenen (*scales*) – lokal, national, international, global – keineswegs sozialem Handeln vorgeschaltet existieren, also nicht quasi-natürlich gegeben sind.[85] Vielmehr wird die Frage, auf welcher Ebene Ursachen und Verantwortlichkeiten für bestimmte Ereignisse und Prozesse angesiedelt sind, in gesellschaftlich-politischen Kämpfen ausgehandelt. In den Protesten ‚gegen das teure Leben' in Burkina Faso findet ein solcher Aushandlungsprozess statt: Auf welcher Ebene die Ursachen und Verantwortlichkeiten für die hohen Preise zu suchen sind, ist ein zentraler Punkt, an dem Protestakteure und Regierung über die Deutungsmacht streiten. Dabei verweist die burkinische Regierung auf die globalen Krisen – die Finanzkrise und die hohen Weltmarktpreise – und versucht damit, die Ursachen diskursiv auf eine Ebene zu verlagern, auf der ihr Einfluss gering ist. Die Regierung habe „ihr Bestes getan" und mehr sei ihr „nicht möglich", wie es Handelsminister Mamadou Sanou formulierte.[86] Die Protestakteure negieren demgegenüber die globalen Krisen zwar nicht, nennen als ausschlaggebende Ursachen für ‚das teure Leben' aber die hohen Steuern und die schwache Kaufkraft aufgrund der niedrigen Gehälter im öffentlichen Sektor, einschließlich der großen Firmen, beispielsweise in der Baumwollproduktion,[87] in denen der burkinische Staat die Mehrheit der Anteile hält. Denn trotz eines durchschnittlichen jährlichen Wirtschaftswachstums von sechs Prozent nimmt die extreme Armut sowohl unter den lohnabhängig Beschäftigten

[85] Vgl. David Delaney / Helga Leitner, The Political Construction of Scale, in: Political Geography, 16 (1997), 2, S. 93–97; George Towers, Applying the Political Geography of Scale: Grassroots Strategies and Environmental Justice, in: Professional Geographer, 52 (2000), 1, S. 23–36.

[86] Le Pays, 20. Februar 2009.

[87] Baumwolle macht rund 60 Prozent der burkinischen Exporte aus. Der Sektor sorgt seit den 2000er Jahren für ein unerwartetes wirtschaftliches Wachstum in Burkina Faso, das mit enormen Gewinnen verbunden ist; vgl. Jonathan Kaminski, Cotton Dependence in Burkina Faso: Constraints and Opportunities for Balanced Growth, in: Punam Chuhan-Pole / Manka Angwafo (Hg.), Yes, Africa Can: Success Stories from a Dynamic Continent, Washington 2011, S. 107–125, hier S. 107.

als auch unter den ländlichen Subsistenzproduzent_innen in Burkina Faso weiter zu.[88] Insbesondere verweisen die Protestakteure auf die Unterfinanzierung und Privatisierung der öffentlichen Grundversorgung in den Bereichen Bildung und Gesundheit: Denn bei steigenden Preisen und sinkenden, stagnierenden oder nur geringfügig steigenden Einkommen blieben den Familien erst recht keine Mittel für Schulbücher, die weiterführende oder universitäre Ausbildung der Kinder, Medikamente, Arzt- und Behandlungskosten.[89]

Selbstverständlich sind die jüngsten *‚food riots'* gleichwohl auch eine Kritik an der gegenwärtigen neoliberalen Globalisierung. Ray Bush bemerkt hierzu: *„Food riots are part of the resistance to globalization and the uneven spread of capitalist relations of production. They are [...] an extremely effective declaration by a hybrid of urban and rural social classes that protest the ways in which their livelihoods have been transformed."*[90]

Auch die ‚Brotrevolten' der Gegenwart bleiben, wie Walton und Seddon bereits in den 1990er Jahren feststellten, „ein Produkt der internationalen politischen Ökonomie".[91] Ausgetragen werden die sozialen Kämpfe aber auf der lokalen Ebene, zwischen lokal-nationalen Akteuren. Das burkinische Beispiel macht deutlich, dass der Bezugspunkt dieser Kämpfe der nationale Staat ist. Bis auf weiteres bleibt er die Arena, in der sozial- und wirtschaftspolitische Kämpfe ausgetragen werden: „Als Verdichtung von Kräfteverhältnissen bleibt er [der Staat als ideeller Gesamtkapitalist] einer ihrer entscheidenden Interventionsräume."[92]

---

[88] Ebd.

[89] Interview mit einem Gewerkschaftsmitglied, Ouagadougou, 10. November 2011; Interview mit Mitglied einer Frauenorganisation, Ouagadougou, 18. November 2011; Interview mit Mitglied eines Berufsverbandes, Ouagadougou, 20. November 2011; Interviews mit Mitgliedern von Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und der Studierendenbewegung, Bobo-Dioulasso, 25. November 2011.

[90] Bush, Poverty, Power and Protest (wie Anm. 29), S. 121.

[91] Walton / Seddon, Free Markets and Food Riots (wie Anm. 23), S. 23

[92] Vgl. Frauke Banse, Deutungsfeld Globalisierung. Zur Aktualität des Internationalismus, in: Fantômas, 13 (2008).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Proteste ‚gegen das teure Leben' in Burkina Faso deshalb so vergleichsweise intensiv sind, so viele Menschen mobilisieren und so lang andauern, weil starke oppositionelle Akteure bestehen, die bereits lange vor den ‚Hungeraufständen' von 2008 zu eben jenen Themen mobilisiert hatten, gegen die sich die Proteste im Zuge der globalen Nahrungsmittelpreiskrise seitdem richten. Mit der Gründung der CCVC knüpfte die außerparlamentarische Opposition in Burkina Faso an zwölf Jahre Mobilisierung für die Menschenrechte an und verband diese mit gewerkschaftlichen Forderungen.

Schlussbemerkung

Die gegenwärtigen ‚Hungeraufstände' sind lokale Kämpfe im Kontext einer kapitalistisch-ökonomischen Globalisierung. Die globale Nahrungsmittelpreiskrise ist nicht als Ursache der Proteste im kausalistischen Sinn zu verstehen. Hohe Preise sind ein Thema, um das Protestakteure erfolgreich mobilisieren (können), ein entsprechendes *framing* vorausgesetzt. Die Proteste ‚gegen das teure Leben' in Burkina Faso sind ein Beispiel für eine solche relativ erfolgreiche Mobilisierung. Dabei ist jedoch nicht zu vergessen, dass sich diese Mobilisierung fast ausschließlich auf die Städte erstreckt (in denen in Burkina Faso nur ein Viertel der Bevölkerung lebt).[93] Die gegenwärtigen ‚Brotrevolten' stellen auch allgemein typischerweise Proteste städtischer Bevölkerungsgruppen dar, die verstärkt seit den Strukturanpassungspolitiken relative Deprivation erfahren (etwa Schüler_innen weiterführender Schulen und Studierende). Gegenstand der Proteste sind die Auswirkungen von Welthandelspolitiken und Liberalisierungen: Es geht um fehlende oder sukzessive reduzierte Sozialpolitik, mangelnde Ernährungssouveränität, die Lohn-Preis-Schere sowie die Kommodifizierung in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Vor diesem Hintergrund scheint die von Walton und Seddon eingeführte Bezeichnung ‚Austeritätsproteste'

[93] Vgl. Hagberg, 'Enough is Enough' (wie Anm. 64), S. 227.

für die Proteste ‚gegen das teure Leben' in Burkina Faso und vielen anderen Ländern besser passend als ‚Hungeraufstände' oder ‚Brotrevolten'. Denn erstens richten sich die Proteste wie dargestellt nicht (nur) gegen die hohen Lebensmittelpreise als solche. Zweitens umfasst das Phänomen längst nicht nur punktuelle ‚Aufstände' – und selbst diesen geht häufig eine Mobilisierung durch soziale Bewegungen voraus. ‚Brotrevolten' als ‚spontane', singuläre Protestereignisse getrennt von ‚regulären' Demonstrationen und anderen Protestformen zu analysieren, hilft uns weder dabei, ihre Ursachen, noch dabei, ihre Entstehung, Verläufe und Wirkungen zu verstehen. Und drittens schließlich läuft die Bezeichnung ‚Hungeraufstände' Gefahr, das Phänomen insofern zu entpolitisieren, als damit bezogen auf Afrika leicht ein Bild vom ‚Hungerkontinent' reproduziert werden kann. Hiermit verbunden ist das Risiko, die Kämpfe ‚gegen das teure Leben' in der Außenwahrnehmung von ihrem politisch-ökonomischen, globalen und innergesellschaftlichen Kontext abzukoppeln. Als Kämpfe um konkrete Verhältnisse der Produktion und Reproduktion sind ‚Brotrevolten' inhärent politisch,[94] sie richten sich nicht gegen den Hunger, sondern gegen seine politisch-ökonomischen Ursachen.

[94] Vgl. Patel / McMichael, A Political Economy of the Food Riot (wie Anm. 5), S. 29.